

Herrn
Jens Spahn
Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, 2. September 2025

Haushaltskürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Spahn,

die geplanten drastischen Kürzungen bei der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt 2025 und 2026 werden für notleidende Menschen weltweit tiefgreifende Auswirkungen haben. Aktion gegen den Hunger bittet Sie deshalb, sich im Rahmen der Haushaltsverhandlungen gegen diese Einschnitte auszusprechen.

Aktion gegen den Hunger ist eine humanitäre und entwicklungspolitische Hilfsorganisation, die weltweit in 56 Ländern und Regionen aktiv ist und über 21 Millionen Menschen unterstützt. Seit mehr als 45 Jahren kämpfen wir gegen Mangelernährung, schaffen Zugang zu sauberem Wasser und gesundheitlicher Versorgung. 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten weltweit Nothilfe und unterstützen Menschen beim Aufbau nachhaltiger Lebensgrundlagen.

Nach extremen Kürzungen in den letzten beiden Jahren soll die humanitäre Hilfe im Haushalt 2025 und 2026 um mehr als die Hälfte auf nur noch eine Milliarde Euro reduziert werden. Auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden drastisch gekürzt. Diese Kürzungen stehen in eklatantem Widerspruch dazu, dass durch Krisen und Konflikte weltweit immer mehr Menschen auf Nothilfe und Armutsbekämpfung angewiesen sind.

Während Ungleichheit und Not sich verschärfen, zieht sich Deutschland durch diese Haushaltspolitik immer mehr aus seiner internationalen Verantwortung zurück und schwächt damit auch die demokratische Zivilgesellschaft weltweit. Zudem ist mit dem Ende der US-Entwicklungsagentur USAID der weltweit größte Geber weggefallen. Dies trifft jene Menschen, die von Armut und Klimakrise am stärksten betroffen sind – und gefährdet deren Leben.

Ich appelliere deshalb an Sie und Ihre Bundestagsfraktion, sich in den Haushaltsverhandlungen für eine angemessene Finanzierung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Nur so können wir weiterhin Menschen in Not unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Sebastian Friedrich-Rust
Geschäftsführer
Aktion gegen den Hunger

Herrn
Dr. Matthias Miersch
Vorsitzender SPD-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, 2. September 2025

Haushaltskürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Dr. Miersch,

die geplanten drastischen Kürzungen bei der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt 2025 und 2026 werden für notleidende Menschen weltweit tiefgreifende Auswirkungen haben. Aktion gegen den Hunger fordert Sie deshalb auf, sich im Rahmen der Haushaltsverhandlungen gegen diese Einschnitte auszusprechen.

Aktion gegen den Hunger ist eine humanitäre und entwicklungspolitische Hilfsorganisation, die weltweit in 56 Ländern und Regionen aktiv ist und über 21 Millionen Menschen unterstützt. Seit mehr als 45 Jahren kämpfen wir gegen Mangelernährung, schaffen Zugang zu sauberem Wasser und gesundheitlicher Versorgung. 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten weltweit Nothilfe und unterstützen Menschen beim Aufbau nachhaltiger Lebensgrundlagen.

Nach extremen Kürzungen in den letzten beiden Jahren soll die humanitäre Hilfe im Haushalt 2025 und 2026 um mehr als die Hälfte auf nur noch eine Milliarde Euro reduziert werden. Auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden drastisch gekürzt. Diese Kürzungen stehen in eklatantem Widerspruch dazu, dass durch Krisen und Konflikte weltweit immer mehr Menschen auf Nothilfe und Armutsbekämpfung angewiesen sind.

Während Ungleichheit und Not sich verschärfen, zieht sich Deutschland durch diese Haushaltspolitik immer mehr aus seiner internationalen Verantwortung zurück und schwächt damit auch die demokratische Zivilgesellschaft weltweit. Zudem ist mit dem Ende der US-Entwicklungsagentur USAID der weltweit größte Geber weggefallen. Dies trifft jene Menschen, die von Armut und Klimakrise am stärksten betroffen sind – und gefährdet deren Leben.

Ich appelliere deshalb an Sie und Ihre Bundestagsfraktion, sich in den Haushaltsverhandlungen für eine angemessene Finanzierung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Nur so können wir weiterhin Menschen in Not unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Sebastian Friedrich-Rust
Geschäftsführer
Aktion gegen den Hunger

An
Katharina Dröge und Britta Haßelmann
Vorsitzende Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, 2. September 2025

Haushaltskürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrte Frau Dröge, sehr geehrte Frau Haßelmann,

die geplanten drastischen Kürzungen bei der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt 2025 und 2026 werden für notleidende Menschen weltweit tiefgreifende Auswirkungen haben. Aktion gegen den Hunger bittet Sie deshalb, sich im Rahmen der Haushaltsverhandlungen weiter gegen diese Einschnitte auszusprechen.

Aktion gegen den Hunger ist eine humanitäre und entwicklungspolitische Hilfsorganisation, die weltweit in 56 Ländern und Regionen aktiv ist und über 21 Millionen Menschen unterstützt. Seit mehr als 45 Jahren kämpfen wir gegen Mangelernährung, schaffen Zugang zu sauberem Wasser und gesundheitlicher Versorgung. 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten weltweit Nothilfe und unterstützen Menschen beim Aufbau nachhaltiger Lebensgrundlagen.

Nach extremen Kürzungen in den letzten beiden Jahren soll die humanitäre Hilfe im Haushalt 2025 und 2026 um mehr als die Hälfte auf nur noch eine Milliarde Euro reduziert werden. Auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden drastisch gekürzt. Diese Kürzungen stehen in eklatantem Widerspruch dazu, dass durch Krisen und Konflikte weltweit immer mehr Menschen auf Nothilfe und Armutsbekämpfung angewiesen sind.

Während Ungleichheit und Not sich verschärfen, zieht sich Deutschland durch diese Haushaltspolitik immer mehr aus seiner internationalen Verantwortung zurück und schwächt damit auch die demokratische Zivilgesellschaft weltweit. Zudem ist mit dem Ende der US-Entwicklungsagentur USAID der weltweit größte Geber weggefallen. Dies trifft jene Menschen, die von Armut und Klimakrise am stärksten betroffen sind – und gefährdet deren Leben.

Ich appelliere deshalb an Sie und Ihre Bundestagsfraktion, sich in den Haushaltsverhandlungen weiter für eine angemessene Finanzierung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Nur so können wir weiterhin Menschen in Not unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Sebastian Friedrich-Rust
Geschäftsführer
Aktion gegen den Hunger

An
Heidi Reichinnek und Sören Pellmann
Vorsitzende Bundestagsfraktion Die Linke
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, 2. September 2025

Haushaltskürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrte Frau Reichinnek, sehr geehrter Herr Pellmann,

die geplanten drastischen Kürzungen bei der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt 2025 und 2026 werden für notleidende Menschen weltweit tiefgreifende Auswirkungen haben. Aktion gegen den Hunger bittet Sie deshalb, sich im Rahmen der Haushaltsverhandlungen weiter gegen diese Einschnitte auszusprechen.

Aktion gegen den Hunger ist eine humanitäre und entwicklungspolitische Hilfsorganisation, die weltweit in 56 Ländern und Regionen aktiv ist und über 21 Millionen Menschen unterstützt. Seit mehr als 45 Jahren kämpfen wir gegen Mangelernährung, schaffen Zugang zu sauberem Wasser und gesundheitlicher Versorgung. 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten weltweit Nothilfe und unterstützen Menschen beim Aufbau nachhaltiger Lebensgrundlagen.

Nach extremen Kürzungen in den letzten beiden Jahren soll die humanitäre Hilfe im Haushalt 2025 und 2026 um mehr als die Hälfte auf nur noch eine Milliarde Euro reduziert werden. Auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden drastisch gekürzt. Diese Kürzungen stehen in eklatantem Widerspruch dazu, dass durch Krisen und Konflikte weltweit immer mehr Menschen auf Nothilfe und Armutsbekämpfung angewiesen sind.

Während Ungleichheit und Not sich verschärfen, zieht sich Deutschland durch diese Haushaltspolitik immer mehr aus seiner internationalen Verantwortung zurück und schwächt damit auch die demokratische Zivilgesellschaft weltweit. Zudem ist mit dem Ende der US-Entwicklungsagentur USAID der weltweit größte Geber weggefallen. Dies trifft jene Menschen, die von Armut und Klimakrise am stärksten betroffen sind – und gefährdet deren Leben.

Ich appelliere deshalb an Sie und Ihre Bundestagsfraktion, sich in den Haushaltsverhandlungen weiter für eine angemessene Finanzierung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Nur so können wir weiterhin Menschen in Not unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Sebastian Friedrich-Rust
Geschäftsführer
Aktion gegen den Hunger